



Journal of Self-regulation and Regulation

Volume 4/2018

Strategische Migrationspolitik und Migrierende als Entscheidende: Erste Ergebnisse aus einem interdiszi- plinären Projekt

Johannes Lohmann, Sebastian Harnisch, Delphine Buffat

Abstract

In diesem Beitrag präsentieren wir die Forschungsfragen, methodischen Vorgehensweisen sowie erste Ergebnisse einer Befragung von Geflüchteten des Projektes „Strategische Migrationspolitik“. Ziel der Befragung war es, die Position von MigrantInnen als Entscheidende auf der Fluchtroute zu analysieren und Geflüchtete als handelnde Subjekte (wieder) in das Zentrum der vergleichenden Migrationsforschung zu rücken. Unsere ersten (vorläufigen) Ergebnisse zeigen, dass die Wirkung staatlicher Signale zur Migrationssteuerung und -manipulation durch ebenso deterministische wie variable Eigenmotivationen der Migrierenden aufgehoben wird. Durch die interdisziplinär gestaltete Forschungsmethode hat das Projekt nicht nur die immensen Potentiale der Zusammenarbeit unter den beteiligten Instituten (erneut) gezeigt; es sind ebenso direkte Folgeprojekte zur weiteren Auswertung und ergänzenden Erhebung entstanden.

Keywords

Strategische Migrationspolitik; Coercive Engineered Migration; Interviewauswertung

Strategische Migrationspolitik und Migrierende als Entscheidende: Erste Ergebnisse aus einem interdisziplinären Projekt

Johannes Lohmann, Sebastian Harnisch, Delphine Buffat

1 Einleitung

Internationale Migrationsprozesse erhalten zunehmend politische Aufmerksamkeit, weil sie immer häufiger nationale Grenzen, staatliche Autorität und nationale Souveränität in Frage stellen. Neben weltweiten Finanzkrisen und transnationalen Pandemien verbreiten sie in Öffentlichkeiten den Eindruck, dass die internationale Ordnung und mit ihr auch die Erkenntnisse über deren Stabilität in den etablierten Wissenschaftsdisziplinen ins Wanken geraten ist. Daher hat sich eine wachsende Zahl von Forschenden mit der Frage beschäftigt, inwiefern Staaten Migrationsverhalten beeinflussen, ja gezielt manipulieren können, um so ihre außen- und sicherheitspolitischen Ziele effektiver zu verfolgen. Bislang ist dieser neue Forschungszweig der „Strategischen Migrationspolitik“ wenig wahrgenommen worden, weil entsprechende migrationspolitische oder soziologische Untersuchung disziplinär verankert blieben.

Strategische Migrationspolitik, verstanden als bewusster staatlicher Steuerungsversuch der migrationspolitischen Entscheidungen eigener oder fremder StaatsbürgerInnen zum Zwecke weitergehender außen- und sicherheitspolitischer Ziele (vgl. Lohmann/Harnisch/Genc i. E.), ist seit spätestens den 1980er Jahren Gegenstand der politikwissenschaftlichen Forschung geworden (vgl. Loescher/Scanlan 1986; ebenso Stedman/Tanner 2003). In der vergangenen Dekade ist das Interesse indes stark angewachsen. Es sind Aussagen wie jene des türkischen Ministerpräsidenten Yildirim im November 2016, die den Eindruck mehren, dass Staaten Flucht und Migration vermehrt als Machtressource ansehen. Yildirim hatte im Zuge der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei im November 2016 angekündigt, dass – sollte die Europäische Union (EU) zentrale Forderungen nicht erfüllen – man „Europa nicht weiter vor der Überflutung in Schutz nehmen [werde – Anm. d. Verf.]. Wenn Flüchtlinge durchkommen, werden sie Europa überfluten und übernehmen“. Beobachter sprachen damals von einer klaren Instrumentalisierung menschlicher Schicksale und einer beispiellosen moralischen Entgleisung (Die Welt 2016). Solche „offenen Signale“ („overt signals“) stellen jedoch in der internationalen Politik ebenso wenig Einzelfälle dar (Morrow 1999: 77), wie es die wachsende Anzahl migrationspolitischer Vereinbarungen der Europäischen

Union, u. a. mit Staaten des subsaharischen Afrika, tun (vgl. Hampshire 2016: 571; Angenendt/Kipp 2017: 2).

Eine erste *systematische* Analyse strategischer Migrationsinstrumentalisierung leistete Kelly M. Greenhill (2010). In ihrer (provokant titulierten) Studie „Weapons of Mass Migration“ identifizierte sie insgesamt 64 Fälle sogenannter „Coercive Engineered Migration“ (CEM) seit 1951: die angedrohte oder tatsächliche Instrumentalisierung bestehender oder gezielt verursachter Fluchtbewegungen durch Konfliktparteien zur Durchsetzung weitergehender politischer, ökonomischer oder militärischer Ziele (vgl. Greenhill 2010: 24).

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in und um Europa werden auch Greenhills jüngste Schriften aufmerksam rezipiert (vgl. Greenhill 2015; 2016a; 2016b; 2016d; 2016e). In ihrer Analyse des „EU-Turkey CEM-Facilitated Deal“ (vgl. Greenhill 2016c: 327) illustriert sie anhand der türkischen Drohungen dabei erneut ihre Kernthese, wonach es vor allem autokratische und illiberale Regime sind, die ihre Forderungen gegenüber moralisch verwundbaren Demokratien durchsetzen können, indem MigrantInnen als „Waffen“ eingesetzt werden. Die Autorin argumentiert, dass unterschiedliche Grade moralischer Verwundbarkeit in Demokratien dadurch entstehen, dass in Demokratien abweichende migrationspolitische Wertvorstellungen (permissiv vs. restriktiv) vorherrschen, die, wenn sie auf universalistische völkerrechtliche Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen treffen, erkennbare Lücken zwischen demokratischem Eigenanspruch und tatsächlicher Aufnahmebereitschaft aufdecken, sog. „Kosten der Heuchelei“ (vgl. Greenhill 2010: 4).

Neben zahlreichen theoretischen und konzeptionellen Schwächen, ist ein zentrales analytisches Defizit von Greenhills Untersuchung, dass MigrantInnen als passive Opfer staatlicher Manipulation, als „true victims“ (vgl. Greenhill 2010: 278), interpretiert werden. In ihrem Erklärungsmodell werden MigrantInnen nicht nur *per se* als Bedrohung (genauer Massenvernichtungswaffen) stigmatisiert, sondern Staaten wird auch die Fähigkeit unterstellt, Migrationsbewegungen zielgenau steuern zu *können*. Dies widerspricht jedoch den Befunden der früheren Migrationsforschung. Sie zeigte durch die Analyse von Migrationszahlen auf der Makroebene, dass es Staaten auch bei Aufwendung erheblicher Finanzmittel eben nicht möglich ist, größere Migrationsbewegungen über ihre Grenzen zu verhindern (vgl. Duran et al. 1999: 518; Taylor 2005: 571-572; Lutterbeck 2006: 73). Migrationssoziologische Studien ließen zudem vermuten, dass die Fluchtziele von MigrantInnen durch diverse Faktoren (u.a. die Verbesserung ökonomischer Chancen, der Versorgungs- oder persönlichen Sicherheit) beeinflusst werden und während der Flucht auch immer wieder veränderte Motivlagen auftreten (vgl. International Organisation of Migration 2016: 32).

2 Migrationssoziologischer Ansatz: Migrierende als Entscheidende

Ziel des vom Field-of-Focus 4 geförderten Projektes „Strategische Migrationspolitik (SMP)“ war es daher – aufbauend auf einer kritischen Lektüre der Arbeiten Greenhills – zum einen, durch eine explorative Befragung von MigrantInnen, die Wirkung von staatlichen Akteuren und deren Signale auf die Routen- und Zielentscheidungen von Migrierenden zu untersuchen. Zum anderen replizierten wir die CEM-Fälle Greenhills (64) und ergänzten diese für den Zeitraum seit 2006 (7 Fälle), um genauer zu bestimmen, ob und inwiefern überhaupt von einer aktiven Erpressung gesprochen werden kann und ob diese primär von Autokratien gegenüber Demokratien angewendet wurden.¹

Von der ersten „Säule“ des Projektes, der Frage nach der Akteurschaft von MigrantInnen und ihrer Steuerbarkeit, versprochen wir uns durch die persönliche Begegnung mit Geflüchteten und die strukturierte fragebogengestützte Analyse ihrer Migrationsbiographien und Motivationsberichte einen ersten explorativen empirischen Eindruck von jenen Faktoren/Umständen zu erlangen, die Menschen zu einer bestimmten Fluchtroute motivieren bzw. den Zeitpunkt und das Ziel ihrer Reise bestimmen. Ist es Staaten überhaupt möglich – wie Greenhill behauptet – Migrationsbewegungen zu steuern? Wann und inwieweit lassen sich Menschen durch politische Signale von der Überquerung internationaler Grenzen abhalten? Wenn ja, welcher Art sind diese Signale? Gibt es Staaten-Dyaden, in deren Interaktion sich durch bestehende Migrationsbewegungen ein besonders starkes Potential für die Manipulation von Migration ergibt? Wie versuchen aktuelle Transitstaaten, Migrationsbewegungen zu beeinflussen und deutet diese Politik eventuell auf eine strategische Absicht hin?

Um Antworten auf diese Fragen in einer ersten Annäherung zu identifizieren, wurden in Zusammenarbeit mit dem Institut für Soziologie der Universität Heidelberg ein halbstrukturierter Interviewleitfaden bestehend aus 30 Fragen entwickelt und eine erste Befragungskampagne durchgeführt.² Die Interdisziplinarität des Projektteams, das starke Engagement der beteiligten studentischen Mitarbeitenden in der Durchführung, Dokumentation und Auswertung der Befragungen, aber auch die vielseitig nutzbaren erhobenen Daten, zeigen aus unserer Sicht die Qualität und das zukünftige Potential

¹ Die Ergebnisse unserer Fallstudien-Replikation weisen darauf hin, dass es deutlich weniger erpresserische Migrationspolitik gibt als von Greenhill behauptet und dass diese auch nicht nur, noch nicht einmal primär, zwischen Autokratien und Demokratien erfolgt. Vielmehr handelt es sich in der Mehrheit der Fälle um verhandelte Migration, in der potentielle Zielländer freiwillig mit Herkunfts- und Transitländern die Steuerung von Migration verhandeln. Umfang, Art und Veränderung dieser Vereinbarung wird Gegenstand eines weiterführenden DM-Projektes sein.

² Für die sehr gute Zusammenarbeit sei Prof. Dr. Kathia Serrano Velarde vom Max-Weber-Institut der Universität Heidelberg ausdrücklich gedankt!

interdisziplinärer Zusammenarbeit besonders in der Annäherung an ein vielschichtiges Phänomen wie Migration.

3 Durchführung der Befragungen

Um in einer kurzen Pre-Test Phase möglichst viele Interviews führen zu können, wurde ein Team aus studentischen Hilfskräften mit interdisziplinärem akademischem Hintergrund eingestellt (Politische Wissenschaften, Soziologie, Bildungswissenschaften). Durch das große Engagement dieses Teams gelang es innerhalb von 6 Wochen, insgesamt 41 Personen mit Migrationsbiographie zu interviewen (28 männlich, 13 weiblich), die zwischen 2010 und 2016 in Deutschland einreisten. Das Durchschnittsalter der Befragten lag bei 26 Jahren. Eine besondere Herausforderung war, dass die für die Unterbringung von geflüchteten Personen verantwortlichen Regierungspräsidien unter Verweis auf Sicherheitsbedenken eine Befragung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen nicht gestatten konnten. Eine Zugangsgewährung hätte die Fallzahl der Befragungen auch in dem kurzen Zeitraum (Dezember 2017 – Mitte Januar 2018) sicher erheblich erhöhen können. Daher blieb nur der Zugang über dezentrale Anlaufstellen wie soziale Projekte, Unterstützungsvereine für MigrantInnen und Geflüchtete, Sportvereine, Förderungsprogramme der Universität Heidelberg sowie Kontakte von Privatpersonen aus dem Projektumfeld.

Bei der Formulierung des Fragensets wurde besonders darauf geachtet, die Privatsphäre der Geflüchteten zu respektieren, mögliche rechtliche Implikation zu bedenken und potentielle re-traumatisierende Fragen zu vermeiden, ohne das Erkenntnisinteresse des Projektes zu kompromittieren.³ Die individuellen, z.T. sehr privaten Hintergründe, die zur Flucht geführt haben, sowie die Natur der berichteten Fluchterlebnisse bedürfen besonderer Einfühlsamkeit während der Gesprächsführung. Deshalb wurden die durchführenden Befragter durch die thematische Auseinandersetzung mit gezielter Gesprächsführung auf Anzeichen einer eventuellen Re-Traumatisierung vorbereitet und mit möglichen Reaktionswegen vertraut gemacht. Zu wichtigen Maßnahmen in diesem Zusammenhang gehörte die Durchführung der Interviews in einem lockeren Ambiente – Café, Mensa – ebenso wie eine längere Einleitungsphase und eine genaue Erklärung der Forschungsabsicht des Projektes für die befragten MigrantInnen sowie die ausdrückliche Betonung der Anonymisierung der erhobenen Daten.⁴

3 Siehe für den Hintergrund Posttraumatischer Belastungsstörungen und den daraus resultierenden Anforderungen an die Durchführungsweisen wissenschaftlicher Befragungsprojekte den Exkurs „Forschungsinterviews mit potentiell traumatisierten Probandinnen“ im Appenix am Ende dieses Beitrages.

4 Im Sinne der Teilhabe wurde den Befragten angeboten, die mit ihren Daten durchgeführten Forschungsergebnisse zu erhalten. Entsprechende personenbezogene Kontaktdaten wurden und werden selbstverständlich strikt getrennt von den Befragungsdaten gesichert, sodass keine Bezüge hergestellt werden können.

Manche Befragte äußerten (anfänglich) Zweifel, offen sprechen zu können, da sie entweder aufgrund repressiver Erfahrungen in ihrem Heimatland oder eines laufenden Asylverfahrens vor Ort einer Befragung durch Unbekannte skeptisch gegenüberstanden. Die Qualität der Daten muss in der späteren Verwendung unter diesem Gesichtspunkt nochmals genauer betrachtet werden.

Die Sorge, dass geflüchtete Personen aufgrund der Schwere der erlebten Ereignisse nur ungern ihre Erfahrungen teilen würden, stellte sich nach den ersten durchgeführten Interviews jedoch als meist unbegründet heraus. Im Gegenteil: die große Mehrheit der Befragten betonte ausdrücklich, sich über das Interesse an ihrer Biographie/Situation und die damit einhergehende Möglichkeit, ihre Geschichte zu erzählen, zu freuen.

Nach den ersten zehn Interviews wurde das formulierte Fragenset durch das Projektteam angepasst und generischer gestaltet, sodass die meist umfangreiche Berichterstattung der Fluchterlebnisse leichter durch leitende Fragen strukturiert werden konnte. In dieser Projektphase bildete sich auch eine durchschnittliche Dauer von circa 30 Minuten pro Interview heraus.

4 Vorläufige Ergebnisse der Befragung

Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf der Auswertung von 41 strukturierten Interviews mit geflüchteten Personen in Deutschland. Die Teilung des Fragensets in geschlossene und offene Fragen ermöglichte, dass die 41 Befragten höchst unterschiedliche und individuelle Migrationsbiographien berichten konnten. Ebenso unterscheiden sich die Motivationen für eine Flucht bzw. eine bestimmte Migrationsroute stark. Ziel dieser Pre-Test-Phase war, Gemeinsamkeiten in den Berichten sowie wiederkehrende und/oder auffällige Muster zu erkennen. Damit erheben die Befunde keinerlei Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Vielmehr dienen die durch die Befragungsergebnisse aufgeworfenen Fragen der genauen und zielorientierten Ausrichtung der zukünftigen Forschungsanstrengungen.

Die Auswertung der Interviews dieser explorativen Phase zeigen indes einige erstaunliche Ergebnisse: Die Befragten haben seit ihrer Ausreise aus ihrem Heimatland und vor ihrer Einreise nach Deutschland im Schnitt fünf Transitländer durchquert (Maximum: Neun). Zwischen der Ausreise aus ihrem Heimatland und der Ankunft in Deutschland lagen dabei im Durchschnitt über alle Befragten 359 Tage, mit nur geringen Unterschieden zwischen den Interviewpartnern aus afrikanischen Ländern (348 Tage) und aus Ländern des Nahen Ostens (362 Tage). Auffällig ist aber, dass viele der Befragten aus Ländern des Nahen Ostens (vor allem SyrerInnen) sehr lange Zeitspannen in direkten Nachbarländern (Türkei, Libanon, Irak) geblieben sind. Zieht man die Zeit, welche die Personen in ihrem ersten Transitland verbracht haben, von der Gesamtdauer der Flucht

ab, ergibt sich ein deutlich erkennbarer Unterschied im Fluchtverlauf: Ohne die Tage zu berechnen, welche die Befragten in ihrem ersten Transitland verbracht haben, blieb für Personen aus afrikanischen Ländern die Reisedauer zwischen ihrem Heimatland und Deutschland mit durchschnittlich 328 Tagen beinahe unverändert hoch. Für Personen aus Ländern des Nahen Ostens im Gegensatz verringerte sich die Dauer der Route auf durchschnittlich nur noch 71 Tage. Auf welche Faktoren dieser deutliche Unterschied zurückzuführen ist, bedarf einer weiteren Analyse. Personen aus dem Nahen Osten jedoch, besonders Kriegsflüchtlinge aus Syrien gaben an, sich lange in einem unmittelbaren Nachbarland aufgehalten zu haben, da sie davon ausgingen, nach einem baldigen Ende der Konfliktsituation in ihr Heimatland zurückzukehren. Erst in einem zweiten Schritt, als sich die Aussicht auf eine schnelle Rückkehr verringerte, die Lebens- und Versorgungsbedingungen in den Camps prekärer wurden und Erfahrungen von Konflikt und/oder Diskriminierung zunahmen, entschieden sie nach Europa abzuwandern.

Von den 41 Befragten bestätigte nur knapp die Hälfte der Personen (21), bereits bei der Ausreise aus ihrem Heimatland, ein klares Zielland vor Augen gehabt zu haben. Von diesen Befragten gaben jedoch wiederum 18 an, dieses Land sei Deutschland gewesen.⁵ Damit liegt der Anteil derer, die ihr zuvor festgelegtes Zielland erreicht haben unter den Befragten bei 95%. Die hohe Anzahl der nach dieser Berichterstattung „erfolgreichen“ Reisen in ein zuvor determiniertes Zielland überrascht vor dem Hintergrund der oft von äußerst volatilen äußeren Bedingungen und situativen Entscheidungen geprägten Fluchtverlaufsberichte. Gleichwohl: Es bleibt zu beachten, dass die Befragung unter geflüchteten Personen durchgeführt wurde, die Deutschland erreicht haben. Im Umkehrschluss konnten Personen, die Deutschland als Zielland geplant hatten und dies (noch) nicht erreicht haben, nicht befragt werden. Dennoch deutet der vorläufige Befund auf eine starke retrospektive Rationalisierung der eigenen Migrationsbiographie hin (vgl. Gläser/Laudel 2009: 147). Ein Befund, dessen nähere Untersuchung aus (sozial-)psychologischer Perspektive in einem größeren Sample interessante weitere Erkenntnisse über das subjektive Erfahren der eigenen Biographie (besonders disruptiver Fluchterlebnisse) verspricht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein regionaler Befund: Geflüchtete aus den Gebieten Sub-Sahara Afrikas sowie Nordafrikas gaben mit einer Ausnahme an, kein spezielles Zielland im Blick gehabt zu haben. Auf ihrer Route wechselte die Fluchtmotivation oft situativ (zunächst wird die Flucht z.B. durch individuelle Verfolgung ausgelöst, später durch regionale Konflikte, Kampfsituationen oder verbreitete Armutssituationen weiter

⁵ Lediglich zwei Befragte gaben ein anderes Ziel an. In einem Fall war Großbritannien das Zielland, ein Überqueren des Ärmel-Kanals sei aber wiederholt gescheitert. In dem zweiten Fall berichtete die Befragte, dass Libyen ihr Zielland gewesen sei. Nach einer Schussverletzung entschied sie, weiter zu migrieren.

bedingt). Die Migrierenden „treiben“ gleichsam von Migrationskontext zu Migrationskontext, die durch die Abwesenheit oder Schwäche von Staatlichkeit geprägt werden. Dabei spielen Schleuser eine entscheidende Rolle und vermitteln die MigrantInnen von Land zu Land. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung des Zusammenbruchs eines „stabilen“ Libyens, das unter Muammar al-Gaddafi aufgrund der relativ guten Verdienstchancen lange Zeit als attraktives Zielland für afrikanische MigrantInnen galt. Befragte mit afrikanischen Staatsbürgerschaften gaben häufig an, erst aufgrund ihrer aussichtslosen Situation in Libyen, eine Flucht über das Mittelmeer nach Europa in Erwägung gezogen zu haben.

Bei einer detaillierten Analyse der erklärten Zielländer fällt zudem auf, dass sich ein häufig vermuteter Diaspora-Effekt, bei dem früher Ankommende den in den Heimatländern gebliebenen Angehörigen von den Lebensumständen in ihrem Zielland berichten und diese so zum Nachkommen motivieren, durch unsere Daten nicht aufzeigen lässt. Bei einem Diaspora-Effekt könnten wir beobachten, dass die Zielländer für die Daheimgebliebenen aufgrund der durch die Verwandten und/oder Bekannten erhaltenen Informationen über Lebensumstände, Reiseroute etc. an Attraktivität zunehmen. Eine mit der Zeit steigende Anzahl von bestimmten Ländern als bereits bei der Ausreise anvisiertes Zielland wäre die zu konstatierende Folge. Der Anteil der Personen, die angeben, *ein* klares Ziel bzw. Deutschland als Ziel ihrer Migration geplant zu haben, nimmt über die Zeitpunkte der Ausreise aus den jeweiligen Heimatländern unter den von uns befragten Personen jedoch nicht zu. Folglich waren mehrheitlich andere Gründe auslösend für Aufbruch und Reiseverlauf, als mögliche Informationen, die von vorher ausgehenden Bekannten erhalten wurden.

Obwohl die Migrationsbiographie der Befragten aus afrikanischen Ländern stärker durch situative Migration (von Nachbarland zu Nachbarland) geprägt zu sein scheint, zeigt sich ein gemeinsames Muster: die Mehrheit der Befragten – unabhängig von ihrer regionalen Herkunft – suchte zunächst nach einer Möglichkeit, in der Heimatregion zu bleiben und sich, wenn möglich nicht weiter von ihrem Herkunftsland zu entfernen als nötig. War die Entscheidung, in ein Land der Europäischen Union zu migrieren, aber einmal getroffen, gab die Mehrheit der Befragten an, mehrere Länder (oft Griechenland, Mazedonien, Serbien, Kroatien) als reine Transitländer nur tageweise durchquert zu haben. Es bleibt genauer zu bestimmen, aufgrund welcher Faktoren sich Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt entscheiden, die Heimatregion aufzugeben und ein weit entferntes Zielland anzustreben. Jedoch zeigen die Erfahrungsberichte der Geflüchteten, dass Diskriminierung in dem aktuellen Aufenthaltsland, die Schwierigkeiten eine Arbeit bzw. einen Studienplatz zu finden sowie regionale und nationale Konflikte wichtige Motivationen für eine schnelle Fortsetzung der Route darstellen.

Die sehr unterschiedlichen Situationen der Länder (direkt angrenzende Gaststaaten versus reine Transitstaaten) wirft jedoch unter der Perspektive der strategischen Migrationspolitik die Frage nach unterschiedlichen Instrumentalisierungspotentialen dieser Migrationsbewegungen auf. Haben, und wenn ja, wann haben die Transitstaaten ihre Rolle und ihre damit einhergehende strategische Position „erkannt“? Ist bspw. die weitgehende Schließung der Balkanroute durch national errichtete Zäune letztlich ein Produkt multilateral verhandelter Migrationskontrollen innerhalb oder mit der Europäischen Union?

Vor dem Hintergrund der in der politischen Debatte oft geforderten stärkeren Sicherung der europäischen Außengrenzen, war es zudem ein zentrales Erkenntnisinteresse der Befragung, herauszufinden, auf welche Weise Flüchtende auf staatliche Kontrollen und Durchgangsbeschränkungen reagieren. In der bisherigen Forschung haben Julia Schulze-Wessel (2017) und Lorenzo Rinelli (2016) ausführlich auf die Natur von Grenzen als soziale Konstrukte hingewiesen, die sich (aber) in einem Prozess der Auflösung befänden. Nicht nur durch Globalisierungstendenzen und damit einhergehend gesteigerte Mobilität bedingt, sondern auch durch eine Verschiebung des Grenzdiskurses vor dem Hintergrund der Exterritorialisierung von Grenzen und der Unklarheit darüber, wo die Verantwortlichkeit eines Staates (oder eines Staatenverbundes wie der EU) beginnt und wo sie endet. Zudem forderten MigrantInnen, deren Zahl im vergangenen Jahrzehnt kontinuierlich gestiegen ist, allein durch ihre Überquerung, die Bedeutung von Grenzen als Charakteristikum moderner Nationalstaaten heraus.⁶ Die Vorstellung, dass Flüchtende durch das Risiko von Verhaftung, Folter oder möglicherweise Tod von ihrer Entscheidung, internationale Grenzen zu überschreiten, abgeschreckt werden könnten, sei, so Rinelli: „a symptom of a striking naïveté [...] even if they are perfectly aware that the risk of dying before arriving in Europe is significantly soaring as a consequence of the securitization of the frontier“ (Rinelli 2016: 76). Die zunehmende Versicherheitlichung internationaler Grenzen steht also scheinbar in einem Spannungsgefüge mit einer (weiter) steigenden Mobilität von MigrantInnen. An dieser Stelle setzt das Erkenntnisinteresse unserer Befragungen an.

Die Mehrheit (25 Personen oder 60%) der in unserer Studie befragten Personen gab indes an, mindestens einen nicht erfolgreichen Grenzübergangsversuch erlebt zu haben, häufig bedingt durch Patrouillen, polizeiliche Rückführung und seltener Motorschäden an Booten. Von diesen 25 versuchten es aber 84% (21) zu einem späteren Zeitpunkt nochmal und überquerten dann erfolgreich *dieselbe* Grenze. Lediglich vier Personen

⁶ Die Zahl internationaler MigrantInnen weltweit ist seit 2000 kontinuierlich gestiegen. Von 173 Millionen in 2000 über 220 Millionen in 2010 auf 258 Millionen in 2017 (UN 2017: 4). Der Anteil von Geflüchteten und/oder Vertriebenen Personen ist diesem Trend gefolgt und lag 2016 bei etwa 10% der internationalen Migration (25.9 Millionen Personen) (ibid.).

entschieden sich demgegenüber nach dem Zusammenstoß mit einer nicht überquerten Grenze dazu, in ein anderes Land einzureisen – ebenfalls mit Erfolg.

Bemerkenswert ist hier auch der Umkehrschluss, dass die anderen Befragten (17 Personen oder 40%) bei *keinem* ihrer Grenzübertritte (immerhin sechs im Durchschnitt) an der Grenzüberquerung gehindert oder im Zuge dessen kontrolliert wurden. Vielmehr berichtet die Hälfte der Befragten (21 Personen oder 50%), gar von Unterstützung bei der Grenzüberquerung durch Polizei oder Militär. Dementsprechend beantworten ebenso viele Personen, die Frage, ob Kontakt mit staatlichen Autoritäten ihre Reise erleichtert habe mit „Ja“. Manche Erfahrungsberichte weisen zudem darauf hin, dass Polizei und Militär bei der Unterbringung vor Ort geholfen hätten. Die andere Hälfte der Befragten (ebenfalls 21) berichtet demgegenüber von einem direkten Zusammenhang zwischen Kontakt mit staatlichen Autoritäten und Repressalien, die von einer Hinderung bei der Weiterreise durch den Entzug von Papieren bis hin zu Gefangenschaft und Folter reichen.

5 Fazit

Die Ergebnisse unserer explorativen Befragung von Migrierenden einer bestimmten Migrationskohorte (2010-2015) zeigen ein breites Spektrum an unterschiedlichen Motiven und Kontexten für die Routen- und Zielentscheidungen der befragten Flüchtenden. Obwohl die (kausalen oder konstitutionsanalytischen) Verbindungen zwischen Motiven, Kontexten und Entscheidungen weitgehend intuitiv und nicht statistisch signifikant sind – die Fallzahlen sind zu klein – zeigen die Ergebnisse deutlich, dass Migrierende selten allein von staatlichen Signalen oder Entscheidungen in ihrer Routen- und Zielauswahl erfolgreich beeinflusst werden. Besonders eindrücklich wird dies durch zwei Befunde deutlich: Erstens, die überwiegende Mehrzahl der Befragten (mehr als 90%) gibt an, auf der Flucht von ihrem Heimat- ins Zielland zwar Kontakt mit Grenzbeamten oder Grenzschutzvorrichtungen gehabt zu haben, aber nur sehr wenige wurden dadurch längerfristig aufgehalten. Zweitens, die Fluchtbiographien unterscheiden sich auch unabhängig von Herkunftsländern und Konflikten untereinander deutlich, sodass die (teilweise) mehrjährigen Verweildauern in Nachbar- und Transitländern primär auf individuelle oder familiäre Rückkehrpräferenzen – also autonome Migrierenden-Entscheidungen – als auf staatliche Manipulationen zurückgeführt werden können. Unsere Ergebnisse bestätigen insofern die Befunde methodisch ähnlich gelagerter Forschungsprojekte, dass singuläre staatliche Entscheidungen und/oder Signale stets längerfristigen Bewertungen der lokalen Lebensumstände als Fluchtmotivationen untergeordnet bleiben (siehe bspw. Brücker et al. 2016: 40-41).

Unsere Ergebnisse zeigen ferner, dass Staaten und besonders das internationale Regime zum Schutz von Flüchtlingen - konstituiert durch die Genfer

Flüchtlingskonvention von 1951 - der gemeinsamen humanitären Schutzverantwortung angesichts des Trends zur „Mixed Migration“ nicht mehr gerecht werden (vgl. Carling et al. 2015: 1-2). Durch die alleinige Zurverfügungstellung legaler Fluchtmöglichkeiten für Opfer von Krieg und Vertreibung in ein direktes Nachbarland sowie fortdauernde Praktiken der Grenzsicherung, welche der Vielfältigkeit und gesteigerten Mobilität moderner Migration nicht mehr gerecht werden, wird die Mehrzahl international Flüchtender in die Arme von Schleppern und auf lebensgefährliche Routen getrieben. Unsere Gespräche mit geflüchteten Personen verdeutlichen sehr eindrücklich, dass Menschen aber bereit sind – oft mit dramatischen Konsequenzen – diese Risiken einzugehen, um den prekären Situationen in ihren politisch, sozial und wirtschaftlich instabilen Heimatregionen zu entkommen.

Schließlich können wir auch konstatieren, dass unsere Befragungen der Geflüchteten in den beteiligten Instituten auf großes Interesse seitens der Studierenden gestoßen sind. Bisher haben sich mehrere Bachelor- sowie Masterarbeiten ergeben, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Daten intensiver auszuwerten und deren Aussagekraft durch ergänzende Experteninterviews weiter zu steigern. Ebenso ist nach der Durchführung der Befragung eine Interviewdatenbank (auch in Form transkribierter Interviews) entstanden, die zur weiteren Auswertung unter politikwissenschaftlichen, psychologischen und migrationssoziologischen Fragestellungen weiter genutzt werden kann.

Appendix

Forschungsinterviews mit potentiell traumatisierten ProbandInnen

Der Begriff Re-traumatisierung beschreibt psychisch-emotionale Zustände, in denen „eine erneute Erinnerung an das traumatische Erlebnis direkt zu einer erhöhten Symptombelastung führt“ (Maercker 2013: 15). Als typisches Symptom, das auf eine solche Störung hinweist, gilt das sog. „Wiedererleben“, welches dadurch gekennzeichnet ist, dass die Betroffenen kognitiv an die traumatisierenden Ereignisse gebunden bleiben. Dabei drängen sich immer wieder schmerzliche Erinnerungen auf, denen die Betroffenen nur schwer entfliehen können. Für die Interviewsituation von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Begriffe „Vermeidung“ und „Hyperarousal“. Im Falle der „Vermeidung“ versuchen traumatisierte Personen nicht an die traumatischen Erlebnisse zu denken, was zu Erinnerungslücken führen kann oder Bereiche absteckt, über die die ProbandInnen nicht sprechen möchten. Dabei besteht die Gefahr, dass die befragenden ForscherInnen durch zu penetrantes Nachfragen bei Nichtantworten, sogenannte „flashbacks“ auslösen, die die ProbandInnen traumatische Erlebnisse erneut durchleben lassen (vgl. Iribarren et al. 2005: 504; American Psychiatric Association 2013). Dies kann zu „Hyperarousal“ der ProbandInnen führen. In diesem Fall äußern sich

die Traumafolgestörungen bereits als Reaktion auf kleinere emotionale Belastungen durch eine Aktivierung des autonomen Nervensystems, was zu einer starken psychischen und physischen Erregung und akuten Angstzuständen führen kann. Um derart schmerzliche, in ihrer Folge oft unkalkulierbare Erfahrungen, für Befragte in wissenschaftlichen Studien möglichst zu vermeiden, sind vertrauensbildende Maßnahmen eine unbedingte Voraussetzung für ein gelungenes Interview. Dazu gehören die Auswahl eines Ortes in dem der/die Interviewte sich wohl fühlt sowie die Gestaltung einer angenehmen Gesprächssituation. Die Interviewer sollten die Grenzen der Gesprächsbereitschaft ihrer InterviewpartnerInnen erkennen und respektieren. Detaillierungsaufforderungen auch bei knappen Antworten sollten vermieden werden. Besonders wenn deutlich wird, dass Spezifika durch den Interviewten/die Interviewte umgegangen werden. Potentiell bedrohliche Situationen wie fluchtauslösende Momente sollten schrittweise angesprochen werden, um nicht plötzlich Erinnerungen hervorzurufen, die den Befragten oder die Befragte überfluten und belasten (vgl. Loch 2008: 6). Haubl (2003) und Urquiza et al. (1997) empfehlen bei Interviews mit Zielgruppen, in denen Traumafolgestörungen vermutet werden, eine Supervision der BefragterInnen durch einen Außenstehenden/einer Außenstehenden. Mit den SupervisorInnen werden schwierige Interviews reflektiert, um eventuelle Fehler zu erkennen und zukünftig zu vermeiden.

Eine sichere und sozial stabile Umgebung ist ein wesentlicher Faktor für eine gelingende Verarbeitung traumatischer Erlebnisse (vgl. Yehuda 2002: 108). Im Falle von MigrantInnen ist besonders zu beachten, dass ein ungeklärtes Bleiberecht und die damit einhergehende Angst vor einer möglichen Abschiebung, die Belastung traumatisierender Erinnerungen verstärken kann, während eine zugesicherte Aufenthaltsgenehmigung durch die Schaffung einer stabilen Lebenssituation die Verarbeitung erleichtern kann. Aus diesem Grund sollte der Stand des Asylverfahrens der InterviewpartnerInnen beachtet werden. Eine lockere und vertrauensvolle Interviewsituation ist hier besonders wichtig, um einen Vergleich mit der mündlichen Anhörung durch Asylentscheider zu verhindern (vgl. Thielen 2009: 6-8; Rosenthal 2002: 208; Haubl 2003: 70).

Literaturverzeichnis

- Angenendt, Steffen / Kipp, David (2017): Better Migration Management. A Good Approach to Cooperating with Countries of Origin and Transit?, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2017C33_adt_kpp.pdf (12.02.2018).
- American Psychiatric Association (2013): Posttraumatic Stress Disorder, in: Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders. American Psychiatric Publishing: Arlington, DSM 309.81.
- Brücker, Herbert / Kunert, Astrid / Mangold, Ulrike / Kalusche, Barbara / Siegert, Manuel / Schupp, Jürgen (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland: Eine qualitative Befragung. IAB-Forschungsbericht 9/2016, <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb0916.pdf>, (20.02.2018).
- Die Welt (2016): Recep Erdogan erpresst Europa mit Flüchtlingen. Türkei droht, die Grenzübergänge wieder zu öffnen. Bundesregierung und EU reagieren verhalten, https://www.welt.de/print/die_welt/article159776074/Recep-Erdogan-erpresst-Europa-mit-Fluechtlingen.html (12.02.2018).
- Duran, Jorge / Massey, Douglas / Parrado, Emilio A. (1999): The New Era of Mexican Migration to the United States, in: *The Journal of American History* 86:2, 518–536.
- Gläser, Jochen / Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Als Instrumente rekonstruierter Untersuchungen, . Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Greenhill, Kelly M. (2010): Weapons of Mass Migration. Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy, Cornell University Press: Ithaca.
- Greenhill, Kelly M. (2015): Demographic Bombing. People as Weapons in Syria and Beyond, in: *Foreign Affairs*, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2015-12-17/demographic-bombing> (12.02.2018).
- Greenhill, Kelly M. (2016a): Massenmigration als Waffe. Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik, Kopp Verlag: Rottenburg.
- Greenhill, Kelly M. (2016b): Migration as a Weapon in Theory and in Practice, in: *Military Review* 96:6, 23–36.
- Greenhill, Kelly M. (2016c): Open Arms Behind Barred Doors. Fear, Hypocrisy and Policy Schizophrenia in the European Migration Crisis, in: *European Law Journal* 22:3, 317–332.
- Greenhill, Kelly M. (2016d): Strategic Engineered Migration as a Weapon of War, in: *Transnational Law Review* 39:3, 615–636.
- Greenhill, Kelly M. (2016e): When virtues become vices. The Achilles' heel of migration social policy, in: Freemann, Gary. P. / Mirilovic, Nikola (Hrsg.): *Handbook on Migration and Social Policy*, Elgar: Northampton, 199–221.
- Hampshire, James (2016): Speaking with one voice? The European Union's global approach to migration and mobility and the limits of international migration cooperation, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 42:4, 571–586.
- Haubl, Rolf (2003): Riskante Worte. Forschungsinterviews mit Traumatisierten, in: *Psychozial* 26:1, 63–77.
- International Organisation of Migration (2016): Study on Migrants' Profiles. Drivers of Migration and Migratory Trends, <http://www.italy.iom.int/sites/default/files/news-documents/Migrants%20Study%20-%20FINAL%20ENG%20VERSION%20-%20ELEC.pdf> (12.02.2018), 13-79.
- Iribarren, Javier / Prolo, Paolo / Neagos, Negoita / Chiappelli, Francesco (2005): Post-Traumatic Stress Disorder. Evidence-Based Research for the Third Millennium, in: *Evidence-based Complementary and Alternative Medicine* 2:4, 503–512.
- Loch, Ulrike (2008): Spuren von Traumatisierungen in narrativen Interviews, in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 9:1, <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/320/701> (21.02.2018), 1-9.
- Loescher, Gil / Scanlan, John. A. (1986): Calculated kindness: Refugees and America's half-open door. 1945-Present, Free Press: New York.
- Lohmann, Johannes / Harnisch, Sebastian / Genc, Savas (i.E.): Wenn Staaten Migration (aus)nutzen. Über Exterritorialisierung und Akteurschaft in der strategischen Migrationspolitik, in: *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 1:3.
- Lutterbeck, Derek (2006): Policing Migration in the Mediterranean, in: *Mediterranean Politics* 11:1, 6–82.

- Maercker, Andreas (2013): Symptomatik, Klassifikation und Epidemiologie, in: Maercker, Andreas (Hrsg.): Posttraumatische Belastungsstörungen, Springer: Berlin, 13–34.
- Morrow, James D. (1999): The Strategic Setting of Choices: Signaling, Commitment, and Negotiation in International Politics, in: Lake, David A. / Powell, Robert (Hrsg.): Strategic Choice and International Relations, Princeton University Press: Princeton, 77–114.
- Carling, Jørgen / Gallagher, Anne T. / Horwood, Christopher (2015): Beyond Definitions. Global migration and the smuggling-trafficking nexus. Regional Mixed Migration Secretariat, http://www.regionalmms.org/images/DiscussionPapers/Beyond_Definitions.pdf (20.02.2018).
- Rinelli, Lorenzo (2016): African Migrants and Europe. Managing the Ultimate Frontier, Routledge: Abingdon.
- Rosenthal, Gabriele (2002): Biographisch-narrative Gesprächsführung: Zu den Bedingungen heilsamen Erzählens im Forschungs- und Beratungskontext, in: Psychotherapie und Sozialwissenschaft 4:3, 204–227.
- Schulze Wessel, Julia (2017): Grenzfiguren. Zur politischen Theorie des Flüchtlings, Transcript Verlag: Bielefeld.
- Stedman, John / Tanner, Fred (Hrsg.) (2003): Refugee Manipulation: War, Politics and the Abuse of Human Suffering, Brookings Institution Press: Washington, D.C.
- Taylor, Savitri (2005): From Border Control to Migration Management. The Chase for a Paradigm Change in the Western Response to Transborder Population Movement, in: Social Policy & Administration 39:6, 563–586.
- Thielen, Marc (2009): Freies Erzählen im totalen Raum? – Machtprozeduren des Asylverfahrens in ihrer Bedeutung für biografische Interviews mit Flüchtlingen, in: Forum Qualitative Sozialforschung 10:1, <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/9860> (21.02.2018).
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017): International Migration Report 2017: Highlights, http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/migrationreport/docs/MigrationReport2017_Highlights.pdf, (12.02.2018).
- Urquiza, Anthony J. / Wyatt, Gail E. / Goodlin-Jones, Beth (1997): Clinical Interviewing With Trauma Victims. Managing Interviewer Risk, in: Journal of Interpersonal Violence 12:5, 759–772.
- Yehuda, Rachel (2002): Post-Traumatic Stress Disorder, in: The New England Journal of Medicine 346:2, 108–114.

Autoren:

Johannes Lohmann M.A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Institut für Politische Wissenschaft
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Bergheimer Straße 58
69115 Heidelberg
johannes.lohmann@ipw.uni-heidelberg.de

Prof. Dr. Sebastian Harnisch

Inhaber der Professur für Internationale Beziehungen und Außenpolitik
Institut für Politische Wissenschaft
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Bergheimer Straße 58
69115 Heidelberg
sebastian.harnisch@ipw.uni-heidelberg.de

Delphine Buffat

Studentische Hilfskraft
Institut für Politische Wissenschaft
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Bergheimer Straße 58
69115 Heidelberg
buffat@stud.uni-heidelberg.de